

## **Potsdamer Beschlüsse verwirklichen. Rede am 6. Juli 1948 im Badischen Landtag**

**(S. 12)** Abgeordnete, meine Damen und Herren!

Morgen, den zweiten, und die folgenden Tage wird Staatspräsident Wohleb mit den zehn anderen deutschen Ministerpräsidenten der Westzone in Koblenz zusammenkommen und die Stellungnahme präzisieren, die die Ministerpräsidenten zu den Vorschlägen und Empfehlungen, die in den drei Proklamationen in Frankfurt zusammengefaßt sind, einnehmen. Es ist aus den Ausführungen meiner Vorredner deutlich hervorgegangen, daß diese Stellungnahme der deutschen Ministerpräsidenten die Entscheidung darüber fällen wird, ob Deutschland als Nation, als politische und wirtschaftliche Einheit, weiterexistieren soll oder nicht. Wenn die Ministerpräsidenten den Absichten der drei Westmächte zustimmen, wenn sie diesen Proklamationen – wenn auch mit Einschränkungen – zustimmen, dann ist die endgültige Zerreißung Deutschlands trotz aller Reden, daß man den Osten nicht aufgeben, vollzogen. Die deutschen Ministerpräsidenten müßten es also eindeutig und klar ablehnen, diesen westdeutschen Staat zu schaffen, ein westdeutsches Parlament gutzuheißen, eine westdeutsche Verfassung und ein Besatzungsstatut anzunehmen, was auf Jahre, vielleicht auch auf Jahrzehnte hinaus die Abhängigkeit unseres Volkes von anderen Völkern und Regierungen bedeuten würde. Das wäre Ihre Aufgabe, das, meine Herren Abgeordneten, wäre der einzige Weg zu verhindern, daß Deutschland auseinandergerissen wird. Nur von einer solch einheitlichen deutschen Ablehnung der Spaltung werden sich die vier Alliierten beeindrucken lassen. Bis jetzt war es wegen der Uneinigkeit der Deutschen unmöglich, eine klare, eindeutige politische Stellungnahme gegenüber den Absichten der Alliierten für die Zukunft unseres Volkes zu dokumentieren. Wir hätten die Reden der Abgeordneten der drei Parteien für die Einheit Deutschlands schon vor der Londoner Viermächtekonferenz hören müssen. Ich darf daran erinnern, daß die kommunistische Gruppe schon am **(S. 13)** 18. November 1947 im Landtag folgende Entschließung vorgelegt hat:

„Die Volksvertretung des Landes Baden im äußersten Südwesten Deutschlands bittet die Außenministerkonferenz der Alliierten darum, die unserem Volke durch die Potsdamer Beschlüsse in Aussicht gestellte und zugesagte wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands zu verwirklichen. Sie bittet um die Errichtung zentraler Verwaltungsorgane als Vorbereitung einer Regierung für ganz Deutschland und um das Recht unseres Volkes, durch eine Abstimmung über die zukünftige wirtschaftliche und politische Struktur seines Staates selbst zu entscheiden.“

Damals wäre es noch Zeit gewesen, meine Herren Abgeordneten, auch von unserem Badischen Landtag aus deutlich zu machen, daß wir eine Entwicklung ableh-

nen, die in ihrer Konsequenz zur endgültigen Zerreißung unseres Vaterlandes führen müßte. Was ist mit diesem Antrag geschehen? Der Antrag ist in der Versenkung verschwunden, man hat nichts mehr von ihm gehört. Damals haben unsere politischen Gegner behauptet, daß unser Antrag nur Agitation sei und weiter gar nichts.

Die Entwicklung hat gezeigt, daß wir die Zusammenhänge des politischen und wirtschaftlichen Lebens und die Absichten der Großmächte richtig eingeschätzt haben. Um deutlich zu machen, daß nicht alle Landtage so versagt haben, will ich den Wortlaut der Rede eines Abgeordneten aus einem anderen Landtag vom 6. November 1947 vorlesen:

„Die Londoner Konferenz der Außenminister steht kurz bevor. Die Regierung sollte nichts unversucht lassen, um der deutschen Stimme auf dieser Konferenz Gehör zu verschaffen. Sie wissen, meine Damen und Herren, daß meine Partei schon seit Monaten im gesamten Deutschland dazu die Initiative ergriffen hat und sich durch keine Schwierigkeiten von diesem Ziel abbringen läßt. Nachdem wir aber eine gesamtdeutsche Vertretung noch nicht besitzen und nachdem die Bemühungen der politischen Parteien auf Bildung einer solchen Instanz noch keinen Erfolg gehabt haben, bestehen z. Zt. als demokratische Repräsentanten des deutschen Volkes nur die autonomen Länder, also die Landtage und Regierungen. Sie sollten sich schnellstens zusammentun, um so die gesamtdeutschen Stellen in London zu Gehör zu bringen. Wir können doch nicht nur deshalb auf unsere Stimme in London verzichten, weil wieder einmal in historischer Stunde das deutsche Volk uneins ist. Zum stärkeren Nachdruck sollte das deutsche Volk auch Unmittelbar seine Stimme zur deutschen Lebensfrage erheben dürfen. Warum wird nicht schnellstens ein Volksbegehren über die Einheit Deutschlands durchgeführt? Es würde ein unmittelbares Volkszeugnis sein, wie das deutsche Volk über die Reichseinheit denkt. Das Ergebnis eines solchen Volksbegehrens steht schon im Voraus fest, aber es muß doch eben dokumentiert werden. Ein Volksbegehren würde dem Notschrei eines Volkes gleichkommen, den man in der Welt nicht überhören könnte. Damit würde zugleich Grundlage zur Bildung einer Nationalversammlung gegeben sein, auch wenn damit nichts Neues gesagt wird. Unsere Nöte sind in der Wurzel nur durch eine Wiederherstellung eines deutschen Gesamtstaates zu beheben. Die Beseitigung dieser Not liegt nicht nur im deutschen Interesse, sondern im Interesse einer endgültigen und allgemeinen Befriedigung der Welt.“

Sie werden sagen, diese Rede könne nur ein Abgeordneter der SED gehalten haben. Meine Herren, Sie täuschen sich! Es ist der Wortlaut einer Rede des Fraktionsführers der CDU im Thüringischen Landtag. Bravorufe und Beifallsrufe ertönten bei der CDU, als der Abgeordnete diese Rede hielt. Herr Dichtel, es gibt also auch bei der CDU vernünftige Menschen. Ich bin überzeugt, wenn ich diese Rede hier gehalten hätte, hätten Sie von Propaganda und Agitation geredet.

Damals hätte dokumentiert werden müssen, daß unser Volk einer Zerreißung Deutschlands unter gar keinen Umständen zustimmen würde. Die Amerikaner waren von vornherein entschlossen, die Londoner Viermchtekonferenz zum Scheitern zu bringen und eine einheitliche Behandlung der Frage nach der Zukunft Deutschlands nicht zuzulassen. Damals schon hatten sie das Geld gedruckt für die separate Währungsreform im Westen. Es hat keinen Sinn, die Augen davor zu verschließen, daß es sich bei dieser Auseinandersetzung der Alliierten untereinander um historische Entscheidungen handelt. Wie soll Europa, wie soll Deutschland politisch, wirtschaftlich und kulturell gestaltet werden? Soll Deutschland kapitalistisch reorganisiert werden, sollen die alten wirtschaftspolitischen Maßstäbe mit Hilfe des Auslandes noch einmal maßgebend und damit der gesamten faul gewordenen bürgerlichen Gesellschaftsstruktur neuer Auftrieb gegeben werden? Oder soll eine radikale Neugestaltung der Wirtschaft und des Staates trotz aller Schwierigkeiten Wirklichkeit werden? Darum handelt es sich: Soll Deutschland eingeordnet werden in den kapitalistischen Westen, oder soll es in der Mitte zwischen dem Westen und Osten eine neue Ordnung aus seiner Lage, die sozialistische Ordnung und Orientierung, erkämpfen können? Wir lehnen es ab, den Westen Deutschlands in diese kapitalistische Front einzuordnen. Wir wissen, daß hinter dem Gerede von Europa usw. nichts anderes steht als die Absicht, den Deutschen, die leicht Idealen und großen Gedanken zugänglich sind, einzureden, einer Entwicklung zu dienen, in der es nicht – wie behauptet wird – um die Freiheit, um die europäische Kultur überhaupt, um große Ideale geht, sondern darum, die weltkapitalistische Machtposition Amerikas in Europa und in Westdeutschland zu festigen zur endgültigen Auseinandersetzung mit den vorwrtsdrngenden Kräften der sozialistischen Entwicklung (Hört, hört!). Darum geht es, sonst um gar nichts (Unruhe, Zwischenruf: Beweise!). Wir werden Ihnen das beweisen!

„Dieser Marshallplan“, so schreibt die Schweizer „*Weltwoche*“ – ein Blatt der eingeschworenen Gegner der sozialistischen Entwicklung – am 10. Juni 1948, „hat in den letzten Wochen seinen ursprünglichen Charakter als reines Hilfs- und Wiederaufbauschema verändert und erweitert und ist zum Finanzierungs- und Lenkungsmechanismus eines gewaltigen, vom Pazifischen Ozean bis zum **(S. 14)** „Eisernen Vorhang“ reichenden wehrwirtschaftlichen Potentials geworden.“ Es gehört zu den Merkmalen jeder Wehrwirtschaft, daß, um den gewünschten Effekt zu erzielen, von einer zentralen Stelle aus dirigiert werden muß. Wenn daher die europäischen Länder in das Rstungspotential einbezogen werden, dann müssen auch sie dem Gesetz, der Kommandowirtschaft, unterworfen sein. Rein wirtschaftlich gesehen bedeutet das keineswegs eine Schmälerung der Prosperität, die man vom Marshallplan erwartet. Im Gegenteil, Rstungskonjunkturen pflegen eine Wirtschaft gewöhnlich recht kräftig aufzupulvern, wenn man auch darüber streiten kann, ob sie gesund und auf die Dauer haltbar sind. Aber dafür erfährt, wie gesagt, die Frage der freien oder dirigierten Wirtschaft eine umso stärkere Zuspitzung, denn sie stellt sich

nach kaum dreijähriger Pause für die kapitalistische Westzone von neuem ein. Wird das System der Wirtschaftsfreiheit, wenn es in so knappen Zwischenräumen außer Kraft gesetzt wird, überhaupt noch jemals zu sich selbst zurückfinden können? Es ist klar, meine Herren, daß Sie die Bestimmungen des Besatzungsstatuts nicht besonders ernst nehmen. Sie haben auch die Ordonnanz Nr. 95 nicht besonders ernst genommen. Das Besatzungsstatut schafft die Voraussetzungen für eine wehrwirtschaftliche Organisation des Westens Europas im Dienste Amerikas. Es bestimmt, daß Deutschland sich in keiner Weise um seine außenpolitischen Beziehungen zu kümmern habe. Sie, meine Herren, behaupten, Sie wollten die Währungsreform nicht. General Clay wußte, daß Sie nur die Verantwortung dafür scheuten, er sagte darum: „Man kann natürlich keiner deutschen Stelle zumuten, die Verantwortung für diese Währungsreform zu tragen“ (Abg. Dichtel: Wer hat sie im Osten gemacht, Herr Kollege?). Lassen Sie mich ausreden, ich habe Sie vorhin auch ausreden lassen. Sie haben Gelegenheit, nachher noch einmal zu sprechen. Im Besatzungsstatut heißt es, daß nur – wie der Herr Staatspräsident gestern unterstrichen hat – ein Mindestmaß der Kontrolle über unseren Außenhandel vollzogen wird. Wie dieses Mindestmaß aussieht, wo die Grenzen des Mindestmaßes beginnen und aufhören, darauf haben Sie keinen Einfluß. Eins steht jedenfalls fest, daß die Office-Max-Organisation, die bis jetzt für die französische Zone den Außenhandel geregelt hat, eingeordnet wird in die zentrale Lenkungsstelle des Außenhandels in Frankfurt, die JEIA (Joint Export Import Agency). Glauben Sie mir, daß bei dieser Grundhaltung des amerikanischen Kapitalismus irgendwelche Abstriche von der letzten Zuständigkeit dieser Stelle über die Kontrolle der Ausfuhr und der Einfuhr über die Produktion schlechthin werden gemacht werden. Es steht in diesem Besatzungsstatut, daß das Ruhrgebiet durch eine internationale Behörde, die noch vor der deutschen verfassunggebenden Versammlung ihre Tätigkeit aufnehmen soll und deren Beschlüsse und Entscheidungen für uns bindend sind, kontrolliert werden wird. Glauben Sie, daß das Deutschlands Wiederaufstieg und friedliche Entwicklung vorwärtstreiben wird? Das Ruhrgebiet soll als das Rüstungszentrum Europas fest in der Hand der Amerikaner sein, um die Machtposition des kapitalistischen Amerikas in Europa gegen den Osten zu sichern. Das ist der Sinn des Besatzungsstatuts. Und wenn Sie sich dem Besatzungsstatut anschließen, dann machen Sie sich mitschuldig an der Vorbereitung einer Entwicklung, die zum Kriege führen kann. Ich glaube, daß ich Sie vorhin mißverstanden habe, Herr Kollege Dichtel, und Sie nicht von einem „neuen Krieg“ gesprochen haben. Ich bin überzeugt, daß niemand von uns einen Krieg will, auch Sie nicht. Aber, meine Herren, auch wenn sie ihn nicht wollen, Sie treiben dahin. Die Aufspaltung Deutschlands in einen West- und Oststaat kann zu einem Krieg führen. Glauben Sie nicht, daß die Sowjetunion als die vierte Besatzungsmacht der drohenden Gefahr einfach zusehen würde! Ich will zur Erhärtung dieser Meinung eine Zeitungsnotiz vorlesen, die gestern erschienen ist. „*Stuttgarter Zeitung*“ vom 3. Juli 1948:

„Tübingen. – Wie wir von zuverlässiger Seite erfahren, hat die französische Militärregierung in Tübingen auf die Führer der deutschen Parteien dahin eingewirkt, sie sollten ihren Einfluß gegen die Bildung eines westdeutschen Staates geltend machen und dafür sorgen, daß die nach Frankfurt entsandten Minister sich ablehnend verhalten. Dies erfordere die Sicherheit nicht Frankreichs, sondern Deutschlands, denn im Falle der Bildung eines westdeutschen Staates werde zweifellos ein Krieg zwischen Amerika und Rußland ausbrechen, in dem Deutschland vernichtet werden würde.“

Meine Herren! Ich weiß nicht, ob Ihnen nicht ein klein wenig bange wird vor Ihrem Mut und ob Sie sich die Dinge richtig überlegt haben. Wenn alle drei Parteien bezeichnenderweise entschieden für die Unterstützung Berlins eingetreten sind, vergessen Sie nicht, daß Sie damit eine Entwicklung unterstützen, vor der Ihnen noch einmal grauen wird (Abg. Geiler: Wer hat diese Entwicklung verschuldet?). Auch Sie wissen genau, daß die Einführung der separaten Währung in Westdeutschland und nicht nur sie, sondern auch die Abhaltung der Dreierkonferenz in London, der Fünfmächtekonferenz in Brüssel etc., kurz, die Ausschaltung der vierten Besatzungsmacht durch die Westbefehlshaber zu dieser Entwicklung geführt haben. Diese Einführung der Westwährung war der Anfang zur Aufteilung Deutschlands. Die Einführung der Westwährung hatte die Konsequenz, daß im Osten eine andere Währung durchgeführt werden mußte (Zuruf: Das war schon lange vorbereitet!). Es war so vorbereitet, daß die Ostzone kein Geld hatte und zu einem Notbehelf greifen mußte. Daraus ergab sich für Berlin folgende Situation: Berlin ist wirtschaftlich – das wird niemand bestreiten und hat niemand bestritten – ein Teil der Ostzone. Es konnte also nur eine Währung eingeführt werden, die in der ganzen Ostzone Gültigkeit hat. Die westlichen Alliierten führten als Kampfmaßnahme die D-Mark ein, um die Reorganisation des wirtschaftlichen Lebens der Ostzone zu stören. So kam es zu der bedauerlichen Entwicklung in Berlin, die auch wir bedauern. Es ist falsch, wenn aus dieser Situation bestimmte Parteien ein politisches Geschäft machen wollen. Wir Deutsche sollten gar kein Interesse daran haben, uns gegenseitig in vermeidbare Spannungen hin- **(S. 15)** einmanövrieren zu lassen. Wir haben nur ein Ziel, Deutschland als Einheit vor Krieg und Vernichtung zu bewahren. Wir sind der Überzeugung, daß die westlichen Befehlshaber sich dagegen wehren würden, wenn etwa vom Osten her ein Korridor nach dem Ruhrgebiet verlangt werden würde, was ursprünglich auch unter der Vierzonenverwaltung gedacht war. Wir sollten kaltblütig und ruhig bleiben und nicht noch die schwierige Situation dadurch komplizieren, daß durch Rundfunkansprachen, durch öffentliche Versammlungen mit dem Thema „Rettet Berlin!“ usw. eine Stimmung ausgelöst wird, als müßte der Osten vom Westen her erobert werden. Die Tendenz, die aus den Ausführungen der Redner aller übrigen Parteien herausklang, ist gefährlich. Wir kennen diese Parole sehr gut. Wir haben sie schon einmal gehört, die Parole: „Nach Osten wollen wir reiten!“ Schon einmal sind Heere unter dieser Parole zu

einem Krieg angetreten, schon einmal haben wir im Osten „gesiegt“, das Ende aber war die Katastrophe.

Die Westwährung stellt den Anfang zur Konstituierung Westdeutschlands dar. In der sozialistischen Zeitung „*New Statesman and Nation*“, London, heißt es:

„Die Wahrheit ist natürlich, daß die Amerikaner nicht für eine anbefohlene Kapitalabgabe, die nach Bolschewismus riecht, verantwortlich sein wollten und daß die Engländer in Berlin diesem Argument wenig Widerstand leisteten. Die Währungsreform ist nicht – wie ein englischer Finanzexperte behauptete – eine bloße „mechanische Anpassung“. Der englisch-amerikanische Plan hat die Proletarisierung des deutschen Mittelstandes vollendet, die in der Inflation 1923 begann. Diesmal werden infolge der Anwesenheit von Millionen von Ostvertriebenen ohne Subsidienmittel und des Fehlens einer Zentralregierung die sozialen Rückwirkungen noch heftiger sein.“

Den Sozialdemokraten aber möchte ich zu bedenken geben, daß die Westwährung das Ende der Sozialisierung bedeutet. Ihr eigenes Blatt schreibt:

„Die Chancen einer sozialistischen Planung sind durch die Trennung von Währungsreform und Kapitalabgabe endgültig ausgeschaltet. Deutschland wird wahrscheinlich den Weg Frankreichs und Italiens in Richtung einer strikt kapitalistischen Wirtschaft einschlagen, aber mit dem Unterschied, daß es jetzt keinen Mittelstand mehr hat. Als ich einen der Finanzexperten in Berlin fragte, was aus den alten Leuten werden würde, die seit Einstellung der Zinszahlungen bei Kriegsende von ihrem Kapital lebten, antwortete er: ‚Wir beschäftigen uns mit produktiven Arbeitern. Die anderen werden auf Armenunterstützung angewiesen sein.‘ Hitlers Beschluß, die Insassen öffentlicher Anstalten zu vergasen, bedeutete einen schnelleren Tod. Dann sind da auch die Ostvertriebenen, meist Frauen und Kinder. Und was wird aus den Studenten? Aber der Schaden ist nun einmal geschehen, und die Frage ist, wie man die soziale Krise überwinden kann. An zweiter Stelle steht das Arbeitslosen-Problem“.

Das ist die Stellungnahme einer linkssozialistischen Zeitung in England, die wie wir darauf hinweist, daß der Westen Deutschlands durch Marshallplan-Westwährung vor der Verelendung und wirtschaftlichen Katastrophe steht.

Die Arbeitsgemeinschaft deutscher Sparkassen- und Giroverbände aber charakterisiert die Westwährungsreform folgendermaßen:

„Entgegen bewährter Grundsätze sei der wesentliche Unterschied zwischen Geld- und Sparkapital völlig verwischt worden mit dem Ergebnis, daß zwar jeder Deutsche der drei Westzonen einen namhaften Kopfbetrag erhalten habe, doch seien gleichzeitig durch die vollständige Anrechnung dieses Betrages zum Zehnfachen

Reichsmarkbetrag die Ersparnisse von Millionen von Sparern mit einem Schlag ausgelöscht worden. Auf diese Weise seien zwangsläufig mehr als die Hälfte aller Sparkonten verlorengegangen. Etwa 20 Millionen Sparer seien davon betroffen!“

Interessant ist, daß in Berlin in den Westsektoren das Kopfgeld nicht zurückbezahlt zu werden braucht, ein Zeichen dafür, daß die Westregierungen gezwungen sind, in Berlin andere Maßnahmen zu treffen als in den drei Westzonen.

Nun aber soll der deutsche Weststaat geschaffen werden. Ich sagte zur Einführung schon, daß es nur eine Möglichkeit für die Ministerpräsidenten gibt, ihn abzulehnen. Die grundsätzlichen Ausführungen des Kollegen Vortisch müßten es bewiesen haben, welch ungeheure Gefahr es bedeuten würde für die Entwicklung Deutschlands, wenn dieser Weststaat, so, wie er beabsichtigt und empfohlen ist, errichtet wird. Wenn man sich überlegt, um nur auf einiges einzugehen, daß die Ministerpräsidenten autorisiert sind, eine verfassunggebende Versammlung einzuberufen, dann ist das ein Symptom dafür, was man im Westen unter Demokratie versteht. Die Ministerpräsidenten sollen entscheiden, wie die Grenzen der einzelnen Länder in Zukunft aussehen. Die sogenannte verfassunggebende Versammlung soll aus 55 bis 60 Leuten zusammengesetzt werden, die die Grundlage der zukünftigen deutschen politischen und wirtschaftlichen Ordnung festlegen. Eine völlige Unmöglichkeit! Man hat praktisch den Osten abgeschrieben, auch wenn der Abgeordnete Dichtel sagt: „Wir werden in Frankfurt Stühle leer stehen lassen für die, die später einmal vom Osten hinzukommen werden.“ Oder: „Wir werden die Frau Louise Schroeder von Berlin einladen“, wie das die SPD vorgeschlagen und durchgesetzt hat, oder: „Wir werden einmal eine neue verfassunggebende Versammlung einberufen, wenn wir später einmal den Osten dem Westen wieder angegliedert haben.“ Es ist ein Wahnsinn, diesen Weststaat zu schaffen in der Hoffnung, daß er sich eines Tages einmal so erweitern wird, daß daraus Gesamtdeutschland wird.

Nun zu der Frage der Ländergrenzen. Wenn man die Meinungen der Parteien vergleicht, wenn man die Zeitungen ernsthaft liest, in denen Vorschläge gemacht werden, ist man erschüttert von der Uneinheitlichkeit, die in dieser Frage zutage tritt. Herr Staatspräsident Wohleb, der gestern in seiner Erklärung leider nichts davon verlauten ließ, wie er sich die territorialen Veränderungen im südwestlichen Deutschland vorstellt, hat in einem einleitenden Artikel zum Parteitag der Christlich-Demokratischen Union Badens festgehalten, daß für ihn eine Vereinigung von Baden und Württemberg, wie sie auch 1933 propagiert wurde, nicht wünschenswert sei. Er ist dafür, daß nur das nordbadische und das südbadische Gebiet wieder vereinigt werden. Es geht nicht an, daß die Auffassung des Herrn Staatspräsidenten, die er in diesem Artikel umrissen hat, als die eigentliche Meinung des badischen Volkes bezeichnet wird. Die Zeitung „Der Schlüssel“, die in Mainz erscheint und die einen ganz bestimmten Kreis von Politikern bürgerlicher Observanz hinter sich hat, schreibt:

„Das Land Rheinland-Pfalz ist zum Beispiel in seiner heutigen Gestalt eine Unmöglichkeit. Auf Grund seiner derzeitigen Grenzziehung werden gerade aus seinem Bereich in Zukunft die stärksten zentralistischen Bestrebungen kommen, da es in allem lebensunfähig ist. Seine volksmäßigen und wirtschaftlichen Verflechtungen überschreiten den Rhein und umfassen das Gebiet der Kreise Karlsruhe, Bruchsal, Heidelberg, Bensheim, Darmstadt mit dem Wirtschaftsbecken Frankfurt, der Stadt Aschaffenburg und Teile des Landkreises und weiten sich nach Norden bis zur Lahn aus, das alte Hessen-Nassau umfassend und scheiden dann linksrheinisch das Gebiet nördlich von Bacharach aus. In diesem so gekennzeichneten Land wohnen die Rheinfranken, die ihrerseits eine eigene, jahrtausendealte Kulturtradition haben, und denen für die Zukunft besondere kulturelle Aufgaben gestellt sind. Kultureller und politischer Mittelpunkt dieses Landes ist die Stadt Mainz, und Mainz ist die in allem prädestinierte Hauptstadt. Die wirtschaftliche Verflechtung dieses Gebietes ist so eminent klar und tiefgründig, daß sie in ihrer Realität jede Voraussetzung für eine Lebensfähigkeit des Landes in sich trägt. Die kulturellen Aufgaben bedingen auf der anderen Seite eine Politik, die sich wesentlich unterscheiden wird zum Beispiel von der Bayerns. Sie ist eine betont europäische, zu der noch eingehend gesprochen werden muß. Es ist wohl weiten Kreisen Deutschlands bekannt, daß sich das napoleonische Staatsgefüge Badens, insbesondere in den letzten 50 Jahren, existenzunfähig erwies, daß seine volksmäßige Zusammensetzung und wirtschaftliche Verflechtung in sich selbst ohne jede Beziehung waren. Baden südlich des Landkreises Karlsruhe bildet eine Einheit mit dem Land Württemberg, sowohl in volksmäßiger als auch in wirtschaftlicher Beziehung. Bei der Grenzziehung des Landes im Südosten wird es unumgänglich notwendig sein, bayrische Landkreise auf Grund ihrer Verflechtung in das neue Staatengebilde miteinzubeziehen.“

Im Gegensatz zu dem, was der Kollege Dichtel vorhin über den Parteitag der CDU in Bretten sagte, an dem er teilgenommen hat, heißt es in einem Zeitungsbericht, daß Herr Dr. Köhler zum Ausdruck gebracht habe, die Zeit der Teillösungen sei vorbei. Man müsse einzusehen beginnen, daß es hier um eine weitgehende Lösung gehe. Die Delegierten bekannten sich zur Ganzheit Württembergs und Badens, womöglich mit der Pfalz vereinigt (Abg. Dichtel: Sie kennen die Entschliebung nicht!). Ich kann nur zitieren, was hier steht (Abg. Dichtel: Die Entschliebung sagt etwas anderes!). Außerdem ist ein einstimmiger Beschluß der Jungen Union in Ravensburg, Südwürttemberg, angeführt, der die Vereinigung Württemberg-Baden zu einem Staat verlangt. Mit anderen Worten, diese ganze Frage der zukünftigen Länderbildung scheint mir absolut ungeklärt. Ich glaube deshalb, daß die Ministerpräsidenten weder morgen noch übermorgen zu dieser Frage Stellung nehmen können. Die Ministerpräsidenten mußten auch in dieser Frage eine Neuregelung ablehnen, weil nur eine gesamtdeutsche Lösung, nur ein gesamtdeutsches Parlament und nur eine gesamtdeutsche Verfassung über diese Frage bestimmen können.



Nun noch zu einigen Behauptungen der SPD- und der CDU-Redner. Die SPD und die CDU haben gemeinsam vorgeschlagen, daß, falls es keine bessere Lösung gäbe, dieses Besatzungsstatut angenommen werden müsse, und zwar sagt die SPD, „daß keine westdeutsche Regierung, kein westdeutscher Staat, geschaffen werden soll, aber ein westdeutsches Verwaltungszentrum, das die wirtschaftlichen und verwaltungstechnischen Angelegenheiten der drei westlichen Zonen von sich aus zu regeln die Möglichkeit hat“. Was würde diese Regelung ändern an dem heutigen Zustand? Das haben wir bereits durch die Proklamationen Nr. 7 und 8 Frankfurt, vom Anfang dieses Jahres. Die Zweizonenverwaltung bildet in ihrem ganzen Aufbau ein solches vereinigttes Wirtschaftsgebiet mit einem Wirtschaftsrat, einem Länderrat und Verwaltungsrat. Mit anderen Worten, das Parlament und die Ländervertretung als retardierendes Moment und der Verwaltungsrat als Regierung sind bereits da. Die französische Zone braucht nur eingeordnet zu werden. Die SPD sucht nur einen Ausweg, um sich vor der Entscheidung zu drücken. Entweder Weststaat oder Deutschland, entweder gesamtdeutsches Parlament oder westdeutsches Parlament, entweder gesamtdeutsche Verfassung oder westdeutsche Verfassung, nichts anderes steht zur Entscheidung. Und weil dem so ist und weil wir diese Gefahren sehen, schlagen wir vor, daß der Landtag unserem Herrn Staatspräsidenten die Empfehlung mitgibt, sich gegen diese Schaffung eines westdeutschen Staates zu wenden. Wir haben jedenfalls diese Stellungnahme klar präzisiert in der folgenden Erklärung:

„Die politische und wirtschaftliche Entwicklung des deutschen Volkes setzt eine einheitliche Staats- und Wirtschaftsordnung für ganz Deutschland voraus, die unteilbare deutsche demokratische Republik, ein aus direkten und geheimen Wahlen hervorgehendes gesamtdeutsches Parlament und eine für ganz Deutschland zuständige Regierung.

In der von den Regierungen der westlichen Alliierten beschlossenen und in den drei Frankfurter Proklamationen am 1. Juli 1948 empfohlenen Errichtung eines separaten westdeutschen Staates sieht die Kommunistische Partei ein gefährliches Hindernis auf dem Weg zur politischen und wirtschaftlichen Erneuerung Deutschlands.

Alle für unser Volk entscheidenden Fragen, die Verfassung der deutschen Republik, die für alle Länder des deutschen Staates gültige Gesetzgebung, die Vorbereitung und der Abschluß eines Friedensvertrages, die Aufnahme von Beziehungen zum Ausland, müssen dem zukünftigen gesamtdeutschen (**S. 17**) Parlament und seiner Regierung vorbehalten bleiben.

Die Kommunistische Partei verwahrt sich gegen eine Festlegung der zukünftigen Grenzen der einzelnen Länder der deutschen Republik durch die Ministerpräsidenten-

ten der Westzonen. Diese ist ausschließlich Angelegenheit der Bevölkerung der einzelnen Länder und ihrer Parlamente.

Die Kommunistische Partei lehnt das von den westlichen Militärbefehlshabern vorgeschlagene Besatzungsstatut ab, weil es die Souveränität des deutschen Staates unmöglich macht und den Parlamenten und Regierungen der Länder die Rolle von Vollzugsorganen der Besatzungsmächte aufzwingt. Sie fordert die Einleitung von Friedensverhandlungen zur Wiederherstellung der vollen Selbständigkeit Deutschlands und die Ablösung der Besatzungstruppen durch zivile Kontrollorgane. Jeden deutschen Politiker, der der Errichtung eines westdeutschen Staates, eines westdeutschen Parlaments, einer westdeutschen Verfassung und einem Besatzungsstatut zustimmen würde, müßte die Verachtung des deutschen Volkes treffen.

Die Kommunistische Partei schlägt darum vor, der Badische Landtag möge den Herrn Staatspräsidenten Wohleb beauftragen, am 8. und 9. Juli in Koblenz gegen die Errichtung eines Weststaates, gegen die beabsichtigte Einberufung eines Scheinparlamentes und gegen ein Besatzungsstatut Stellung zu nehmen.

Das ist die klare und präzise Meinung meiner Partei. Ich bin überzeugt, daß die meisten Deutschen, auch in Baden, diese Auffassung eher begrüßen als die Zustimmung zur Zerreißung Deutschlands, die durch die Zustimmung zu einem westdeutschen Staat ausgesprochen wird.

**(S. 19)** Abg. Eckert (KP):

Nur eine ganz kurze Entgegnung auf die beiden Einwände und Vorwürfe, die Herr Kollege Geiler erhoben hat. Wenn er schon davon sprach, daß in der Ostzone die praktische Enteignung der kleinen Sparer im Jahre 1945 durchgeführt wurde, so ist das nicht richtig. 1945 sind alle Vermögen über 3.000 Reichsmark auf den Banken zunächst einmal unter Kontrolle gestellt worden. Von diesen 3.000 Reichsmark sind jetzt erstens diejenigen Gelder, die als Kopfquote bei uns abgezogen wurden, nicht abgezogen worden, und zweitens wurden 100 Reichsmark 1:1 aufgewertet und die anderen 5:1. Was über 3.000 Reichsmark hinausging, nur das, ist ebenfalls für die Sparer erhalten geblieben und in einer innerstaatlichen Anleihe, auf die die Leute Rechtsanspruch haben, weiterhin vorhanden (Abg. Geiler: Von den Geldern, die seit 1945 erspart wurden! Das ist allerdings etwas anderes, nicht von dem Gelde, was vor 1945 festgelegt worden ist! Diese schiefe Darstellung wurde aus agitatorischen Gründen gegeben!). Eins steht jedenfalls fest, daß die Währungsreform in der Ostzone sich von der in der Westzone dadurch unterscheidet, daß sie nicht einer kapitalistischen Reorganisation dient, sondern daß sie den kleinen Leuten die Möglichkeit der Existenz auch weiterhin offen läßt, daß durch die Festlegung der Quote 1:1 für die entscheidenden Betriebe und ihr Vermögen jede Arbeitslosigkeit vermieden wird und daß diese Hauptgefahr, die im Westen auftaucht, die arbeitende Bevölkerung dort drüben nicht zu treffen vermag.

Die zweite Feststellung, die ich treffen wollte, ist die: Die SPD hat erklärt, daß sie auch weiterhin dafür kämpfen wird, daß zwischen dem kapitalistischen Westen und, wie sie sagt, zwischen der totalitären Einstellung des Ostens ein sozialistisches Europa entstehen bzw. begründet wird. Wir halten das für eine Illusion in dem Augenblick, in dem die SPD die Durchführung des Marshallplans bejaht. Der Marshallplan, das dürfte wohl niemand von der SPD ernsthaft behaupten, ist nicht ein Mittel zur Sozialisierung, zur Sicherung der sozialistischen Entwicklung des Wirtschaftslebens im Westen Deutschlands und Europas, sondern ein Mittel zur Stärkung und Fundamentierung der kapitalistischen Reorganisation. Das dürfte auch Herr Kollege Geiler nicht bestreiten wollen. In der sogenannten Kölner Entschlie-ßung der SPD hieß es damals noch: „In Politik, Wirtschaft und Verwaltung herrschen wieder die gleichen Kräfte, die uns zu den heutigen Zuständen geführt haben. So sind bei der Vereinigung der britischen und amerikanischen Besatzungszone sämtliche Zentralbehörden von Vertretern kapitalistischer Auffassung übernommen worden.“ Das hat sich bis heute verschärft, und das wird niemand von der SPD bestreiten wollen. Wir sind dafür, daß ein gerechter Lastenausgleich kommt. Wir sind gespannt, wie dieser Lastenausgleich aussehen wird. Die Vorschriften und Verfügungen, die über die Währungsreform gemacht worden sind, beweisen etwas ganz anderes, beweisen, daß der Versuch gemacht wird, die kapitalistischen Kreise in den Genuß eines Ersatzes dieser verlorengegangenen Mittel zu bringen, und daß die, die von der Währungsreform Nachteile haben, wie es in dieser Erklärung allgemein heißt, entschädigt werden sollen. Wir sind gespannt, wie sich das auswirken wird auf die Kreise, die durch die Währungsreform enteignet sind.

Außerdem fordert die Sozialdemokratische Partei in dieser Entschlie-ßung, daß vor der Sozialisierung der Grundstoffindustrien, der Energiewirtschaft, der Banken und der Versicherungsgesellschaften eine durchgreifende produktionsfördernde Agrarreform durchgeführt wird. Was ist von diesen Forderungen überhaupt noch möglich, nachdem der Marshallplan das Grundprinzip der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands und Europas geworden ist? Daß die deutsche Wirtschaftsverwaltung an den verhängten Kontrollen über die Eisenindustrie maßgeblich beteiligt wird, was ist davon übriggeblieben und von dem Besatzungsstatut, in welchem es ausdrücklich heißt, daß die von der internationalen Ruhrbehörde gefaßten Entscheidungen bindend sind? Die Deutschen haben überhaupt nicht mitzureden, am allerwenigsten die Sozialdemokraten als Vertreter der Kreise. Wenn sie bis jetzt gemeint haben, sie können dort drüben die Sozialisierung durchführen, dann möchte ich dem entgegenhalten: Keine Spur davon! Die Sozialdemokraten bekennen sich zur politischen und staatsrechtlichen Einheit Deutschlands. Dabei halten sie eine möglichst weitgehende Sozialisierung der Verwaltung im Interesse einer echten Demokratisierung für notwendig. Ausgerechnet genau die Formulierung, die in x Erklärungen von uns ebenfalls deutlich gemacht wurde. Wenn aber die Sozial-

demokratie dazu beiträgt, daß der Weststaat geschaffen wird, dann schlägt sie mit dieser politischen Haltung ihren Grundsätzen von Köln direkt ins Gesicht.

Und nun etwas anderes. Im „*Telegraph*“ schreibt die Sozialdemokratische Partei zum Marshallplan: „Inzwischen lenkte der Marshallplan die Auf- (S. 20) merksamkeit auf sich. Zur Pariser Konferenz erschien Osteuropa nicht. Der Verdacht, daß die USA ihre Dollarhilfe von politischen Bedingungen abhängig machen könnte, wurde von drüben dementiert. Aber die oben zitierte Anweisung an General Clay verbotte alle Sozialisierungsmaßnahmen bis zur Bildung einer deutschen Zentralregierung, also auf ‚vorläufig ewig‘. Washington lud die britische Regierung zu einer besonderen Ruhrbesprechung ein, aber London meinte, über diese Frage ließe sich auch in Berlin verhandeln.“

So stehen die Dinge heute: Keine Sozialisierung in Deutschland, in Hessen nicht, nicht einmal an der Ruhr! Doch wir weigern uns, diesen Stand der Dinge als endgültig hinzunehmen.“

Das sagte die Sozialdemokratie noch damals, vor einem halben Jahr (Abg. Jäckle: Auch heute noch!).

Der „*Telegraph*“ schreibt weiter: „Wir weigern uns nicht etwa, weil wir stur an einem marxistischen Dogma kleben, sondern weil wir der festen Überzeugung sind, daß Deutschlands Wirtschaft nur gesunden kann, wenn die wirtschaftlichen Wirtschaftspositionen in Gemeindeeigentum stehen, und daß es Deutschlands Aufgabe ist, eine eigene und verbindende Lösung zu finden zwischen den widerstreitenden Wirtschaftsgrundsätzen, die von Osten und Westen Einfluß begehren.“

Wenn das die grundsätzliche Haltung der Sozialdemokratie ist, dann ist es für sie unmöglich, diesen Weststaaten, dem Besatzungsstatut und der in ihm liegenden Verpflichtung, unter der Abhängigkeit des amerikanischen Kapitalismus eine Zukunft zu gestalten, zuzustimmen. Wir lehnen auf jeden Fall diesen Weststaat und alles, was damit zusammenhängt, ab.

Und nun zu der Frage, die Herr Dichtel angeschnitten hat. Ganz so einfach liegen die Dinge ja nun doch nicht, daß keine Gefahren aufsteigen am Horizont, soweit sie den Krieg und die Spannungen angehen, die sich jetzt in Berlin angekündigt haben.

Der „*Observer*“, eine der wichtigsten Zeitungen der englischen Konservativen, schreibt ganz eindeutig: „Am Platze haben die Russen die stärkere Stellung. Im weiteren Bereich zwischenstaatlicher Diplomatie jedoch halten wir die sicheren Trumpfkarten in der Hand. Wir, und nicht die Russen, besitzen die Atomwaffe und andere Waffen und könnten, wenn wir hinreichend provoziert sind, buchstäblich Rußlands Macht und seine Bedrohung des Weltfriedens vom Antlitz der Erde aus-

löschen. Wenn wir jetzt die moralische Stärke haben, dem Krieg ins Auge zu sehen, statt uns zurückzuziehen, so wird es keinen Krieg geben, der uns gefährlich werden kann. Wenn wir versagen und Berlin fällt, so werden wir innerhalb von zwei Jahren zwei Deutschland verlieren. Was der Moment der verhängnisvollen Entwicklung bedeutet, ist jetzt da. Jetzt heißt es handeln!“

Dahin haben auch die von den anderen Parteien im Westen unterstützten und verschärften Spannungen in Berlin geführt, daß bereits eine solche Sprache geführt wird. Es gibt sogar Andeutungen, die folgendermaßen lauten. „Vorerst schicken wir nach Berlin – wenn es sein muß – aus Amerika, England usw. Flugzeuge, die jetzt noch Lebensmittel bringen, dann Kohlen, die beweisen, daß auch jederzeit andere Dinge über Berlin abgeworfen werden können.“ Dann, meine Herren, sind wir soweit, daß Goebbels und Hitler, die in Berlin in der Reichskanzlei ihr Ende fanden, das erreicht haben, was sie wollten, die Vernichtung des deutschen Volkes!

**In: Verhandlungen des Badischen Landtages, 25. Sitzung vom 6. Juli 1948, S. 12-20**

### **Währungsreform und Marshallplan. Rede am 20. Juli 1948 im Badischen Landtag**

**(S. 14)** Abgeordnete! Der Herr Staatspräsident nimmt heute in Frankfurt, wohin er berufen worden ist mit den übrigen zehn Ministerpräsidenten Westdeutschlands, die Stellungnahme der westlichen Militärbefehlshaber zu dem Inhalt der von den elf deutschen Ministerpräsidenten eingenommenen Auffassung über Westdeutschland und seine Zukunft entgegen. Ich führe diese Tatsache an, weil über die Währungsreform nicht gesprochen werden kann, ohne sie im Zusammenhang mit dem ganzen Komplex der neuen Ordnung des politischen und wirtschaftlichen Lebens überhaupt zu sehen. Wir können aber heute nicht über die Fragen, die in Frankfurt und Koblenz behandelt wurden, sprechen, weil wir vorher zweckmäßigerweise die neue Situation, also nach der Erklärung der westlichen Befehlshaber, kennen sollten. Wenn aber trotzdem über die Währungsreform gesprochen werden soll und über einzelne Fragen, die mit ihr zusammenhängen, so wollen auch wir einiges dazu sagen. Wir behalten uns aber vor, zu den politischen Fragen nach Rückkehr des Herrn Staatspräsidenten, hoffentlich morgen, zu sprechen, wenn wir Klarheit darüber haben, was in Frankfurt beschlossen wurde.

Aufgefallen ist uns, daß alle Parteien gegenüber der Aussprache, die wir vor einigen Wochen gehabt haben, äußerst skeptisch zu den Auswirkungen der Währungsreform standen und unsicher waren, ob die Währungsreform tatsächlich eine Reorganisation unseres Wirtschaftslebens, einen Gesundungsprozeß unserer Wirtschaft, einzuleiten vermag. Vor drei Wochen noch hat zum Beispiel der Abgeordnete Schüttler festgestellt, man müsse auch von Seiten der Arbeiterschaft diese

Währungsreform begrüßen. Inzwischen aber haben sich die Einwände gegen und die kritischen Betrachtungen über die Währungsreform sehr verstärkt bis in die Schichten hinein, die ursprünglich hofften, die Währungsreform bedeute die Lösung aller bisherigen Schwierigkeiten. Inzwischen stellte sich nämlich zum Beispiel heraus, daß die etwa zwei Milliarden D-Mark der Kopfquotenzahlungen sich schon zum großen Teil in den Händen der Unternehmer und Händler befinden, die vor der Währungsreform Waren zurückgehalten und gehortet hatten.

Breite Schichten der Arbeiter und Angestellten können nichts mehr kaufen, weil die Preise sprunghaft steigen. Sobald die Kopfquote und die ersten Löhne verbraucht sein werden und die kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen einsetzen, um die drohende Deflation zu verhindern, wird sich herausstellen, daß alle Anstrengungen darum ergebnislos sein werden, weil ausreichende Rohstoffe fehlen, die Kredite zu teuer sind und den arbeitenden Massen unerhörte Lasten aufgebürdet werden müssen. Die Durchführung der mit dem Marshall-Plan und der Währungsreform geforderten sogenannten „freien Wirtschaft“ verlangt die Angleichung der deutschen Preise an die Preise des Weltmarktes. Das bedeutet, wie schon gesagt, eine unerträgliche Preissteigerung, die es breiten Schichten des Volkes unmöglich macht, das Lebensnotwendigste zu kaufen, wenn die Löhne die gleichen bleiben. Der Landtag müßte darum heute schon fordern, daß die Preise herabgesetzt und die Löhne erhöht werden, wenn er sich nicht an der fort- **(S. 15)** schreitenden Verelendung der Lohn- und Gehaltsempfänger mitschuldig machen will.

Es ist gar nicht daran zu denken, daß die kapitalistische Währungsreform und die damit ausgelösten wirtschaftlichen Maßnahmen zu einer Konsolidierung führen könnten. Wir haben deshalb auch in der Unterredung mit Herrn Gouverneur Pène, bei der die übrigen Parteien die Aufhebung der Warenbewirtschaftung wie in der Bizone forderten, zum Ausdruck gebracht, daß wir eine Wirtschaftsordnung erstreben, bei der die Produktion schon im Betrieb kontrolliert erfaßt und dann gerecht verteilt wird. Die Kontrolle soll aber nicht von den französischen Behörden, sondern von den Betriebsräten durchgeführt werden, damit das durch die Arbeit der Werktätigen Geschaffene auch denen zugutekommt, die die ganze Last der Produktion und ihrer Schwierigkeiten zu tragen haben. Glauben Sie nicht, verehrte Kollegen, daß die deutsche Wirtschaft jemals auf kapitalistischem Wege reorganisiert und selbständig werden kann. Es ist eine Illusion, der Sie nachjagen. Sie sagen zum Beispiel: Wir müssen durch einen freien Außenhandel direkte Beziehungen mit dem Ausland anknüpfen. Dabei wissen Sie aber gleichzeitig, daß die Außenhandelskontrolle bei den Besatzungsmächten liegt und dort bleiben wird, gleichgültig, ob der Office-Max mit der JEIA vereinigt wird oder nicht. Im Gegensatz zu Ihnen sind wir dafür, daß das Ruhrgebiet nicht unter der Kontrolle einer internationalen Behörde steht, sondern unter deutscher Kontrolle und unter der Verwaltung des deutschen Staates. Sie haben noch nicht begriffen, daß der Marshallplan nichts

anderes bedeutet als die dauernde Indienststellung der deutschen Produktionskapazität für das amerikanische Kapital und seine Helfershelfer. Glauben Sie doch nicht, daß den deutschen Kapitalisten ein ausreichender Spielraum gelassen wird, um eigene Geschäfte zu tätigen (Sehr richtig!). Unser Volk soll zum Werkzeug, zum Dienstknecht des internationalen Kapitals gemacht werden. Nur wer diese Gefahr nicht erkennt, kann die sozialistische Ordnung aufzuhalten versuchen und seine Zustimmung dazu geben, daß das Ruhrgebiet zu einer Basis gemacht wird, von der aus selbst eine kriegerische Auseinandersetzung zur Sicherung des internationalen Kapitals möglich ist. Dazu geben die Bestimmungen des sogenannten Weststatuts jede Handhabe. Darum hätten die Ministerpräsidenten in Frankfurt zu den Proklamationen nein sagen und auch die Währungsreform ablehnen müssen. Die Parteien zum mindesten hätten in den Landtagssitzungen erklären müssen, daß sie die Währungsreform nicht mitmachen, weil sie keinen Ausweg darstellt. Bei der Rede des Kollegen Dr. Waeldin habe ich einen Zwischenruf gemacht, weil er den General Clay falsch zitierte. General Clay sagte nämlich nicht, wie Kollege Dr. Waeldin ausführte, die Deutschen trügen keine Verantwortung für die Währungsreform, sondern er sagte: „Ich weiß, daß ich keiner deutschen Stelle die Verantwortung für die Durchführung dieser Währungsreform auferlegen kann.“ Das ist etwas ganz anderes. General Clay weiß ganz genau, welchen letzten Zwecken die Währungsreform dient, er weiß, daß sie nur die Schlinge, die den Deutschen um den Hals liegt, so weit lockert, daß das deutsche Volk im Westen noch Luft holen, atmen und arbeiten kann im Dienst und in der Abhängigkeit von den eigenen und den ausländischen Kapitalisten. General Clay betonte vor kurzem, daß eine selbständige deutsche Wirtschaftsführung schon deshalb unmöglich sei, weil bereits jetzt schon in der Bizone für 1,8 Milliarden Mark ausländisches Kapital investiert sei.

Noch einige Worte über die Eintauschquote der Besatzungsmacht. Wir haben in unserer Zeitung Tatsachen veröffentlicht, aus denen die unterschiedliche Regelung für die französische Besatzung hervorgeht. Wir haben auch an der Unterredung der Parteien bei Herrn Gouverneur Pène über diese Fragen teilgenommen. Dabei stellte sich heraus, daß sich tatsächlich die in den Supplements angeordneten Umtauschmethoden für alle möglichen französischen Organisationen sehr eindeutig von dem unterscheiden, was die Währungsreform der deutschen Bevölkerung gebracht hat. Wir sind durchaus der Meinung, daß diese Sonderregelung nicht in Ordnung ist und eine Ungerechtigkeit bedeutet, sonst hätten wir dagegen in der Presse nicht Stellung genommen. Es ist aber falsch anzunehmen – wie das aus den Ausführungen einzelner Kollegen geklungen hat –, daß etwa diese ungerechtfertigte Art des Geldumtausches an die Besatzungsbehörde einen wesentlichen Grund für die bedauernswerten Folgen der Währungsreform darstellt.

Es ist durchaus nicht gesagt, daß die D-Mark darum nur noch 20 Centimes gilt, weil sehr hohe Beträge in die Schweiz verschoben wurden. Das kann auch damit

zusammenhängen, daß man zur D-Mark kein Vertrauen hat, weil sie kein im Ausland gültiges Zahlungsmittel ist, sondern eine Binnenwährung. Auch viele von Ihnen hatten die Illusion, die D-Mark sei eine Devisen. Inzwischen hat sich aber herausgestellt, daß die Schweiz und überhaupt das Ausland von unserer Binnenwährung nichts wissen will, für die es keine sichtbare Deckung gibt, deren Emissionshöhe unbekannt ist und die deshalb selbst in unserem Volk schon Demontage-Mark genannt wird. Sie meinen, wenn dieses Währungs- und Wirtschaftsexperiment mißlingt, dann käme die Katastrophe. Das ist ein Irrtum. Dann, wenn die Illusion des Marshallplanes geplatzt sein wird, werden die breiten Massen des Volkes, auch des Mittelstandes, erkennen, daß der Weg, den Sie als den einzig möglichen bezeichneten, nicht zur politischen Freiheit, nicht zur wirtschaftlichen Sicherung führte, sondern zu einer Verschlimmerung unserer Lage und zu einer direkten Abhängigkeit vom Ausland. Dann wird die breite Masse des Volkes mit uns gehen, weil sie erkennt, daß der von uns schon immer vorgeschlagene Weg einer planvollen und kontrollierten Wirtschaft die Sicherung eines erträglichen Lebens gewährleistet und zur Freiheit führt, die notwendig ist, wenn Deutschland nicht untergehen soll.

**(S. 19)** Verehrte Kollegen! Beinahe hätte ich gesagt: Verehrte Zuhörer! Wenn wir uns über die Themen Kriegsgefangenenfrage und Berlin unterhalten wollen, so sind wir dazu jederzeit bereit. Wir werden in Freiburg einmal den größten Saal, eben wenn der Landtag zusammentritt, mieten und dazu die Bevölkerung einladen. Jede der vier Parteien soll dann referieren, und es wird interessant sein festzustellen, wie die Situation am Schluß sein wird

Ich will darum jetzt nur auf die Ausführungen eingehen, die der Abgeordnete Geiler gemacht hat. „Wir werden zunächst einmal die Wirtschaft einem Gesundungsprozeß entgegenführen“, sagte er, „und dann erst zu gegebener Zeit sozialisieren“. So war es doch, Kollege Geiler? Eine erstaunliche Entwicklung, die die Sozialdemokratische Partei seit 1945 genommen hat! Einer der Gegensätze zwischen meiner Partei und der Sozialdemokratischen Partei bestand darin, daß wir in dieser Zeit der kapitalistischen Destruktion, der wirtschaftlichen Anarchie, der völligen Auflösung unseres Wirtschaftslebens alles tun wollten, um aus dem Chaos herauszukommen, gemeinsam mit all denen, die guten Willens waren, auch den Unternehmern. Das war der Inhalt des Aufrufs meiner Partei vom 11.6.1945. Die Sozialdemokratie aber schrie damals: „Die Kommunisten verraten den Sozialismus!“ Wir wollten nicht nur im Osten, sondern auch hier im Westen eine Reorganisation der Wirtschaft. Wir wollen Rohstoffe sammeln, Maschinen wiederherstellen, bei Demontagen verhindern, daß sich dieselben auch auf die Friedensindustrien ausdehnen, wir wollten den verbleibenden Maschinenpark in Ordnung bringen, allerdings unter der Bedingung der Betriebskontrolle durch die Arbeiterschaft. Wir wollten die Demokratisierung der Wirtschaft, wir wollten entscheidenden Einfluß der arbei-



tenden Schichten in den Betrieben zur Sicherung dagegen, daß aufs Neue eine kapitalistische Wirtschaft entstehe. Wir wollten ein Verbot der Unternehmerverbände und den Zusammenschluß der Sozialisten und Kommunisten zu einer großen Partei. Ein ganz klares Programm! Aber welche Stellung hat die Sozialdemokratische Partei eingenommen? Ihr war das alles viel zu wenig! Schumacher machte den Sozialismus zur „Forderung des Tages“. Noch 1946 erklärte die Sozialdemokratische Partei die Sozialisierung der Grundstoffindustrie, die Sozialisierung des Ruhrgebiets und betonte, daß sie die Reorganisation des Westens mit kapitalistischen Vorzeichen mit allen Mitteln bekämpfe. Die Labour Party erklärte, daß das Ruhrgebiet unter keinen Umständen den Kapitalisten ausgeliefert werden dürfe. Gestern wurde in der „*Frankfurter Rundschau*“ bekanntgegeben, daß man die Sozialisierung hinausschieben müsse, bis eine gesamtdeutsche Regierung sich mit der Frage beschäftigen könne. Der Marshallplan, den die SPD begrüßt, setzt voraus, daß die Sozialisierung nicht erfolgt. Das ist gar keine Frage. Ich könnte dafür 10, 20 Aussprüche aus dem amerikanischen Repräsentantenhaus und aus dem Wirtschaftsrat in Frankfurt zitieren. Aber so liegen die Dinge. Man kann die Auffassung vertreten, daß auf diesem Wege der Reorganisation der kapitalistischen Wirtschaftsordnung Deutschland getrennt wird, aber dann ist man kein Sozialist (Tumultuarische Unruhe, störende Zwischenrufe, Glocke des Präsidenten). Meine Herren, ich wundere mich, daß Sie sich so aufregen (Erneute Unruhe, Glocke des Präsidenten.).

Das, was die CDU will, dürfte eigentlich auch die Sozialdemokratie wollen. Wenn Sie, Herr Dichtel, am Schlusse davon sprechen, daß etwa wir der Meinung sind, daß Sie nicht aus innerer Verantwortlichkeit Ihre Politik treiben (Unruhe im ganzen Haus), dann ist das ein Irrtum Ihrerseits. Wir sind der Überzeugung, daß die politischen Parteien Organisationsformen der verschiedenen Schichten und Gruppen unseres Volkes sind und darum verschiedene Auffassungen zu vertreten haben (Erneute Unruhe). Es ist also Ihr gutes Recht und Ihre Pflicht, Ihre Auffassung hier zu vertreten. Aber genau das gleiche müssen Sie uns zubilligen und nicht so tun, als ob Sie allein eine Überzeugung hätten (Lärm und dauernde Unterbrechung des Redners). Glauben Sie, daß einer von uns das hätte ertragen können, was über uns in der Nazizeit hinweggegangen ist, ohne von der Richtigkeit unseres Weges überzeugt zu sein? In vielen Fragen steht zwischen uns und den Sozialdemokraten überhaupt kein Unterschied, aber zwischen den beiden Arbeiterparteien einerseits und den bürgerlichen Parteien andererseits gähnt ein Abgrund, da diese die sozialistische Ordnung nicht wollen, sondern die kapitalistische bürgerliche Ordnung noch einmal retten möchten.

Wir sind allerdings der Meinung, es sei falsch zu sagen, man könne nicht eine zusammengebrochene Wirtschaft zum Sozialismus führen. Das ist durchaus möglich, wenn wir die arbeitende Bevölkerung unabhängig von allen weltanschaulichen Verschiedenheiten zusammenfassen und sie zu Trägern der neuen Ordnung machen.

Die Arbeiterklasse, d. h. die Arbeiter, die Angestellten, die Techniker, Ingenieure, Menschen der fortschrittlichen Intelligenz, wird die politische Macht erringen und die durch Krieg und Mord, durch Bomben und Granaten vernichtete Wirtschaft ohne ausländische Kapitalisten und Ausbeuter neu aufbauen. So stellen wir uns das vor, Kollegen von der Sozialdemokratischen Partei! Darum wäre jetzt der Augenblick gekommen, die Forderung nach der Einheit Deutschlands zu erheben, nach der deutschen Souveränität, nach einer deutschen Wirtschaft, die trotz aller Schwierigkeiten eine sozialistische Gemeinwirtschaft sein wird, die den Feinden der Arbeiterklassen nicht noch einmal neue Ausbeutungsmöglichkeiten gibt wie schon einmal nach dem ersten Weltkrieg.

Nun zum sogenannten Staatskapitalismus. Wenn ich dieses Wort höre, wird es mir immer schlecht (Lachen). Lachen Sie nicht zu früh, meine Herren, es könnte blamabel für Sie werden! Die Sache ist nämlich die: Wenn sich jemand überhaupt mit sozialistischer Theorie beschäftigt, dann weiß er, daß man unter „Kapitalismus“ nicht die mehr oder minder große Zusammenballung von Geld versteht, sondern ein Wirtschaftssystem, das die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in die Hände von Privatbesitzern, von einzelnen Kapitalisten legt, ein System, das aus der Arbeit des schaffenden Menschen den Mehrwert realisiert und damit die Grundlage zur Ausbeutung der Massen schafft. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kommen die von den Produzierenden geschaffenen Werte nicht der Gesamtheit, sondern demjenigen zugute, der die Produktionsmittel besitzt. In der Sowjetunion trägt die Wirtschaft kein einziges dieser Merkmale. Die sozialistische Wirtschaft der Sowjet-Union hat die Produktionsmittel der im Staat organisierten Volksgesamtheit unterstellt (Zwischenruf: Auf dem Papier!). Wer das bestreitet, der kennt die Dinge nicht. Was in der Sowjetunion erarbeitet wird, kommt nicht einzelnen zugute, sondern der Gesamtheit (Lachen), direkt und indirekt. Und nun sagen Sie weiter: Es gibt dort drüben auch Schichten, die einen bekommen viel, die andern bekommen weniger. Sie haben ganz Recht. In der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion werden Leute, die viel leisten, die einen Betrieb leiten, die besten Ingenieure, Techniker und Chemiker, die für die Gesamtheit ihr ganzes Dasein und ihre besonderen Fähigkeiten einzusetzen bereit sind, selbstverständlich entsprechend ihrer Leistung bezahlt (Abg. Dichtel: Also doch Kapitalisten!). Der Unterschied ist aber der, daß sie mit all dem, was sie verdienen, sich nichts kaufen können, wodurch sie andere wieder auszubeuten vermögen, also Kapitalisten werden können. Wenn in der Sowjet-Union alles gleich wäre, wenn der Hilfsarbeiter genau das gleiche bekäme wie der rote Direktor, wie der Leiter eines großen Kombinats, dann würden Sie sagen: Da sieht man es ja, kommunistische Gleichmacherei! In der sozialistischen Wirtschaftsordnung entscheidet die Leistung darüber, was der einzelne Mensch für sich in Anspruch nehmen kann. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung leisten die am meisten, die am wenigsten für sich in Anspruch nehmen können, und viele gibt es da, die überhaupt nichts leisten und das, was die anderen erarbeiten, für sich in

Anspruch nehmen. Das kann niemand von Ihnen bestreiten (Abg. Dichtel: Früher sprach man anders!). An diesen Dingen gibt es nur dann etwas zu ändern oder mit Eingrenzungen zu versehen, wenn man mir nicht glaubt, daß ich in diesen Dingen kompetent bin. Es ist die offizielle und authentische Auffassung der kommunistischen Bewegung in der ganzen Welt. Es ist also unmöglich, von einem Staatskapitalismus in der Sowjetunion zu reden.

Und nun zur Ostzone, obwohl ich mich immer bemühe, die Ostzone aus der Diskussion herauszulassen, und zwar nicht aus Angst vor Ihnen, sondern weil ich weiß, daß wir hier ganz andere Voraussetzungen haben als in der Ostzone. Aber wenn schon, Sie sollen auch darüber Auskunft bekommen, Herr Kollege Dichtel. Sie haben vorhin gesagt, daß das „russische Kapital“ die Ostzone ausbeute (Sehr gut!) genau wie im Westen die westlichen Kapitalisten. Der Unterschied ist nur der, daß im Westen der deutsche Monopolkapitalismus mit ausländischer Hilfe seine Machtpositionen zur Ausbeutung des deutschen Volkes wiederaufrichten will, während im Osten die Wirtschaftspolitik der Sowjetunion, die ein sozialistischer Staat ist, die wirtschaftlichen Mittel einströmen, um die durch die Hitlergewaltherrschaft niedergebrochene Wirtschaft wieder zu beleben und den Sozialismus vorzubereiten (Lachen, Unruhe). Sie haben darauf angespielt, daß es in der Ostzone sogenannte SAG's gibt. Sie haben zwar den Namen nicht gesagt, aber Sie haben es gemeint. Bis 1950 werden alle diese Sowjetaktiengesellschaften wieder in der Hand des deutschen Volkes sein. Von ihnen sind bereits wieder 38 in den letzten drei Vierteljahren zurückgegeben worden. Diese SAG-Organisation war darum notwendig, weil dadurch bestimmte Betriebe, die sonst für die Sowjetunion demontiert worden wären, in Deutschland zum Wiederaufbau eingesetzt werden konnten. Sie sollen später dazu dienen, die deutsche Gemeinwirtschaft in der Ostzone zu fundamentieren.

Damit sind wir bei den volkseigenen Betrieben, die Sie vorhin lächerlich zu machen versuchten. Die volkseigenen Betriebe sind allerdings eine neue Form der Bewirtschaftung. Sie sind nach unserer Auffassung wesentlich zuverlässigere Fundamente für eine Währung und eine Produktion als die anarchischen Zustände der Wirtschaft in Westdeutschland. Auf dem Fundament der volkseigenen Betriebe, die 45% der Produktion in der Ostzone zusammenfassen, läßt sich die Wirtschaft so gestalten, daß wenigstens die Grundelemente einer **(S. 21)** geordneten Wirtschaft gegeben sind. Wenn auch unter Schwierigkeiten, wird trotz aller Angriffe ihrer Gegner im Osten eine Wirtschaftsordnung aufgebaut. Im Westen aber gerät die Wirtschaft immer mehr in die Abhängigkeit ausländischer Kapitalistengruppen. Das bedeutet wirtschaftliches Elend für die Massen, die Versklavung unseres Volkes. So sehen wir die Dinge.

Ein Wort zu Berlin. Der törichten und demagogischen Parole „Rettet Berlin“ stellen wir die Forderung entgegen: „Rettet Deutschland!“ Auch wir bedauern die bedrängte Lage der Berliner Bevölkerung. Wir wissen auch, daß diese bedrängte Lage

der Berliner die Folge der Auseinandersetzungen und Spannungen zwischen den Besatzungsmächten ist. Von uns Deutschen müßte alles getan werden, um diese Spannungen nicht noch größer werden zu lassen. Wir hoffen, daß die Alliierten sich über Deutschland einigen. Wir fordern einen Friedensvertrag und den Abzug aller Besatzungsmächte (Oho-Rufe). Ich weiß, daß selbstverständlich die Bevölkerung in den Westsektoren Berlins in einer unangenehmen Lage ist, ich weiß aber auch durch persönliche Beziehungen nach der ganzen Ostzone, daß alles menschenmögliche getan wird, um die Lage zu verbessern. Außerdem ist heute Nachmittag durchs Radio bekanntgegeben worden, daß die Sowjetunion aus Rußland 100.000 Tonnen Getreide und andere Lebensmittel für die Deutschen der Westsektoren einführt. Es ist aber erstaunlich, wenn ein politisch führender Sozialdemokrat wie Professor Reuter folgende Hetze gegen die Sowjetunion starten kann: „Hoffentlich versteht die Sowjetunion das Dröhnen der Flugzeugmotoren über Berlin, bevor es für sie zu spät ist.“

Es ist schade, daß wir hier keine öffentliche Versammlung haben, denn wir hätten noch so einiges auf dem Herzen. Aber damit will ich schließen.

Sie, meine Herren, werden alles tun, um die Währungsreform durchzuführen. Sie werden den Marshallplan verteidigen. Wir werden den Marshallplan, den wir ablehnen, nicht sabotieren, wie Sie glauben. Das fällt uns gar nicht ein. „Marshallen“ Sie ruhig so weiter, soviel Sie wollen, wir werden aber feststellen, wie sich dieser Marshall-Plan in der Praxis für unser Volk auswirkt. Wir werden unserem Volke zeigen, daß dieser Marshallplan zur Zerreißung Deutschlands an den Rand eines neuen Weltkrieges, zur Aufrüstung Westdeutschlands und dazu führt, daß die deutschen Arbeitslosen unter den zur Industriepolizei organisierten Ausländern, die nicht mehr zurückgehen wollen, wieder einmal Landsknechte sein werden, wie sie es schon einmal gewesen sind. Und dagegen wehren Wir uns.

Und noch eines: Wir bestreiten nicht, daß auch Sie von Ihrer Sicht aus den besten Willen haben, einen Ausweg zu finden, aber das ist die Tragik der Situation in der Sie sich befinden, daß Sie aus dem Vergangenen heraus die Maßstäbe Ihres Wollens ableiten und versagen müssen, weil die neue Struktur des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens nicht mit den Methoden einer untergehenden Epoche geschaffen werden kann, sondern nur dadurch, daß man trotz aller Schmach und Not neue Methoden anwendet und neue Wege geht zu einem neuen Ziel.

**In: Verhandlungen des Badischen Landtages, 27. Sitzung vom 20. Juli 1948, S. 14-15, S, 19-21.**